

i Fijáte !

Nachrichten •

Informationen • Berichte zu Guatemala

No. 310

19. Mai 2004

10. Jahrgang

Abgesang auf die goldene Ära der braunen Bohne

Wachsende Armut in Guatemala durch Kaffeeproduktion in Vietnam

Kaffee ist das wichtigste landwirtschaftliche Produkt im Handel zwischen den reichen Industrieländern und den Ländern des Südens. Die USA und Europa importieren über zwei Drittel des weltweit erzeugten Kaffees. Die fünf grössten deutschen Kaffeekonzerne (Tschibo, Jacobs, Aldi, Melitta, Dalmayr) verdienen prächtig. Sie kontrollieren 85 Prozent des nationalen Kaffeehandels. Bei einem Jahresumsatz von rund vier Milliarden Euro sind ihre Gewinne bestens gesichert. In Guatemala hingegen, einem Land mit langer Tradition im Kaffeeanbau, bedroht die Krise der niedrigen Preise auf dem Weltmarkt die Existenzgrundlage Zehntausender Kleinbauernfamilien.

Der folgende Artikel wurde uns freundlicherweise von Andreas Boueke zur Verfügung gestellt.

Erst nachmittags, wenn die Kaffeesträucher etwas Schatten spenden, wird die Hitze erträglich. Noch arbeiten Hunderttausende Männer, Frauen und Kinder während der Erntezeit auf den Kaffeefeldern Guatemalas. Sie tragen Plastikkörbe vor den Hüften, die sie sorgsam und geschickt mit roten, reifen Kaffeekirschen füllen. Wenn jedoch die eine oder andere Kirsche beim Pflücken auf die Erde fällt, wird sie liegengelassen. Der Kaffeepreis ist heute so niedrig, dass es nicht mehr lohnt, sich für eine Kirsche bis zum Boden zu bücken.

Vor fünf Jahren kostete ein Pfund Rohkaffee auf dem Weltmarkt noch knapp 1,50 US-Dollar. Heute sind es nur 50 Cent. Von dieser Preiskrise werden die KleinbäuerInnen in Guatemala besonders hart getroffen.

Einer von ihnen ist Maximo Itzep Hernandez. Er besitzt rund fünfzig ertragreiche Kaffeesträucher. "Viele Leute vernachlässigen ihre Pflanzen, weil der Kaffee heutzutage so wenig wert ist. Aber ich habe kein Geld, um andere Setzlinge anzupflanzen. Wir müssen darauf hoffen, dass der Preis wieder steigt. Wir können unsere Pflanzen doch nicht einfach abschlagen?"

Aber voraussichtlich wird der Preis in den nächsten Jahren nicht deutlich steigen. Für Länder wie Guatemala wird die Kaffeekrise ein Dauerzustand bleiben, denn auf dem Weltmarkt ist ein neuer Konkurrent angetreten: Vietnam. In dem asiatischen Land sind die klimatischen und landschaftlichen Bedingungen besonders günstig. Zudem sehen die Weltbank und andere internationale Entwicklungsorganisationen im Kaffee eine Alternative zum Mohnanbau für die Produktion der Droge Opium, der bei vietnamesischen KleinbäuerInnen besonders populär ist. So kam es zu einer massiven Förderung des Kaffeesektors. Innerhalb von zehn Jahren hat Vietnam seine Produktion vervierfacht und liefert heute zwanzig Prozent des Angebots auf dem Weltmarkt. Dadurch wurde der Preis nachhaltig gedrückt, so dass auch die vietnamesischen KleinbäuerInnen nicht mehr vom Kaffeeanbau leben können. Die britische Hilfsorganisation OXFAM bezeichnet ihr Einkommen als "Vorstufe zum Verhungern".

Als Reaktion auf die Krise müssten die KleinbäuerInnen in Guatemala diversifizieren, andere Produkte herstellen. Doch das ist risikoreich. Eine Umstellung kostet viel Geld und man

braucht genaue Marktanalysen. Die Leute auf dem Land haben weder das eine noch das andere. So nimmt die Armut in den traditionellen Kaffeeanbaugebieten weiter zu. Der Mönch Antonio Lopez kann das seit Jahren vor den Toren seiner Kirche La Merced in der Kolonialstadt Antigua beobachten: "Den Leuten geht es wirtschaftlich immer schlechter. Wenn ein Vater nicht genug Geld verdient, um das Überleben seiner Kinder zu sichern, dann nehmen seine Alltagsprobleme an Schärfe zu. Es ist furchtbar, wenn er abends zu Bett geht, ohne zu wissen, was seine Familie am nächsten Morgen zum Frühstück essen kann. Soweit sind wir schon gekommen. Die Familien haben nicht mehr genug zu essen. Das ist keine Armut, sondern schlimmer. Das ist Elend."

Wenn es bei der Kaffeelernte überhaupt noch Arbeit gibt, dann werden viele Eltern von ihren Kindern begleitet, die helfen müssen, das Auskommen der Familie zu verdienen. Die neunjährige Maria kann an guten Tagen bis zu fünfzig Pfund pflücken. Aber in der schwülen Hitze wird ihr oft schwindelig. Dann muss sie einen Moment lang im Schatten sitzen. "Tagsüber sind wir auf dem Feld", erzählt Maria. "Wenn ich abends nach Hause gehe, muss ich die Wäsche waschen. Danach essen wir und gehen schlafen. Ich arbeite, damit wir genug Geld haben, um Zucker und Bohnen kaufen zu können."

Die Krise der niedrigen Weltmarktpreise für Kaffee macht es noch unwahrscheinlicher, dass sich die Lebensbedingungen der arbeitenden Kinder in Guatemala bald verbessern werden. Der guatemaltekeische Sozialwissenschaftler Omero Fuentes macht dafür die kurzfristige Politik internationaler Entwicklungsorganisationen verantwortlich: "Die Entwicklungshilfe für Vietnam, auch die aus Deutschland, hatte gravierende Auswirkungen auf die weltweite Kaffeekrise. Vietnam hat überproduziert und niemand hat den Schaden vorausgesehen. Für ein Land wie Guatemala hat das katastrophale Folgen, vor allem, weil Arbeitsplätze verloren gehen. Wenn eine Organisation in einem Land Armut bekämpfen will, dann sollte sie auch globale Zusammenhänge im Blick behalten, um nicht anderswo neues Elend zu erzeugen."

Die Entscheidungen der Weltbank und anderer internationaler Finanzorganisationen orientieren sich an einem Entwicklungsmodell, das es den Kräften des Marktes erlaubt, sich ungehindert zu entfalten. Dementsprechend sollen Produkte in der globalisierten Welt dort hergestellt werden, wo es am günstigsten ist. Wenn eine Produktion unrentabel wird, muss nach Alternativen ge-

sucht werden. So gesehen gibt es keinen Grund, warum die Weltbank Vietnam die Chance des Kaffeeanbaus verweigern sollte.

Die meisten LandarbeiterInnen in Guatemala haben noch nie etwas von der Debatte um den niedrigen Kaffeepreis und die Rolle Vietnams gehört. Häufig wissen sie nicht einmal, dass der Kaffee, den sie ernten, ins Ausland verschifft wird. Für

eine Pflückerin wie Eva Pérez stellt sich der Kampf ums Überleben nicht als globales Problem dar, sondern sehr konkret, Tag für Tag. "Unser Verdienst reicht nicht aus. Wir bekommen viel zu wenig Lohn. Mit dem Geld können wir nicht einmal genug Mais kaufen. Aber was sollen wir machen? Woanders als auf den Kaffeefeldern gibt es überhaupt keine Arbeit."

Erneuter Rückschlag für die CICIACS

Guatemala, 14. Mai. Am 4. Mai entschied die Mehrheit der Mitglieder der parlamentarischen Menschenrechtskommission, die Annahme des im Januar vom guatemaltekischen Staat und der UNO unterzeichneten Abkommens über die Gründung einer *Untersuchungskommission von illegalen Körperschaften und geheimen Sicherheitsapparaten* (CICIACS) abzulehnen. Sieben von zwölf Abgeordneten (darunter die VertreterInnen von GANA, UNE, FRG und PAN) stimmten gegen die CICIACS, die VertreterInnen der ANN und URNG sprachen sich dafür aus derweil zwei (DIA und DCG) sich der Stimme enthielten.

Einen Tag später wurde die CICIACS auch von der Regierungskommission des Kongresses verworfen. Die Abgeordneten (mit Ausnahme von Pablo Monsanto von der ANN und César Fajardo von der UNE) übernahmen das nun seit Monaten aufgebaute Argument, der CICIACS würden Kompetenzen zugestanden, welche die Verfassung verletzen. Nun geht das Ganze zurück an die Exekutive, welche einen neuen Gesetzesvorschlag ausarbeiten muss, um der CICIACS die notwendige rechtliche Grundlage zu geben.

VertreterInnen der Organisationen und Institutionen, welche die Einsetzung einer solchen Untersuchungskommission gefordert haben, sind enttäuscht: Für den Menschenrechtsprokurator Sergio Morales ist dieser Rückschlag eine Stärkung des organisierten Verbrechens. „Der aktuelle Panikzustand, der im Land wegen der Frage um die CICIACS herrscht, ist verfassungswidrig, die CICIACS selber nicht“, sagte Morales und will sich weiter für die Einsetzung der Kommission stark machen.

In einem Schreiben der *Koalition für die CICIACS* heisst es:

„Die Existenz von illegalen Körperschaften und organisierten Todesschwadronen ist unleugbar. Ihre Infiltration ins Justiz- und Sicherheitswesen sowie in die Gesellschaft allgemein ist eine Tatsache, die wir tagtäglich in den Medien nachlesen können.“

Die Idee der CICIACS war eine Antwort auf diesen Zustand seitens der organisierten Gesellschaft und wurde anfänglich auch von den Parteien unterstützt. Offenbar war diese Unterstützung in vielen Fällen nur eine Strategie der Wahlkampagne. Heute zeigen sich die drei Hauptfeinde der Initiative: Die Manipulation, die Ignoranz und die Oberflächlichkeit. Die Aufgabe der Kongressabgeordneten wäre gewesen, dieses Ambiente zu durchbrechen und die CICIACS mit einer zukunftsorientierten Vision zu analysieren.

Und während der Präsident den Organisationen verspricht, das Thema werde sorgfältig und seriös diskutiert, dauerte es im Kongress genau zehn Minuten, um das Geschäft (und somit die CICIACS) zu begraben.“

Tatsächlich fühlt sich Präsident Berger etwas unwohl mit dem Entscheid des Kongresses, wohl auch

deshalb, weil er bei seinem Staatsbesuch in den USA mit der CICIACS Eindruck schindete und für deren Umsetzung 4,6 Mio. Quetzales (knapp US-\$ 6 Mio.) zugesprochen bekam. Berger und auch Vizepräsident Eduardo Stein versprachen gegenüber den Menschenrechtsorganisationen, andere Wege zu suchen, um der Kommission zur Einsetzung zu verhelfen und um das organisierte Verbrechen zu bekämpfen.

Die Idee von Berger besteht nun darin, dem Kongress vorzuschlagen, die Kommission der Staatsanwaltschaft zu unterstellen und nicht wie ursprünglich geplant, der UNO. Damit könne das Argument der Verletzung der Souveränität und der Verfassungswidrigkeit umgangen werden, meinte der Präsident und fügte an, auch die UNO wäre mit dieser Lösung einverstanden.

Etwas komisch mutet die Vorstellung jedoch schon an, dass die CICIACS der Staatsanwaltschaft unterstellt wird, müsste diese (erinnert sei an die jüngsten Skandale um den Ex-Generalstaatsanwalt David de León Argueta) doch eine der ersten Institutionen sein, die von einer CICIACS untersucht werden sollten.

Ríos Montt:

Die Schlinge zieht sich enger

Guatemala, 13. Mai. Der vor rund zwei Monaten ausgesprochene Hausarrest für Efraín Ríos Montt (siehe ¡Fijáte 306), verhängt wegen seiner Verantwortung bei den gewaltsamen Ausschreitungen vom 24. und 25. Juni letzten Jahres, wurde verschärft. Was bisher hiess „das Land nicht verlassen“ heisst neu „keinen Schritt vor die Haustür“.

Die Verschärfung der Massnah-

me wurde angeordnet, nachdem der Anwalt der Familie des Journalisten Héctor Ramírez, der bei den Ausschreitungen ums Leben kam, Einspruch erhoben. Ebenfalls appelliert wurde gegen den Kautionsbetrag von 100'000 Quetzales für drei weitere Verdächtige in diesem unter dem Namen „Jueves Negro“ bekannten Fall. Für die drei wird von den Anwälten der Familie Ramírez Vorbeugehaft gefordert.

Zu Besuch im Norden

Guatemala, 5. Mai. Als ein „transzendentes Ereignis“ bezeichneten die guatemalteckischen Medien die Tatsache, dass Präsident Oscar Berger bereits in den ersten 120 Tagen seiner Regierungszeit von US-Präsident George Bush empfangen wurde. Der Besuch war kurz und das Programm voll. Neben einem Treffen mit Bush gab es auch Sitzungen mit Collin Powell und Condolezza Rice, mit dem Generalsekretär der *Organisation Amerikanischer Staaten* (OEA), César Gaviria, mit VertreterInnen der in den USA lebenden guatemalteckischen Exilgemeinde sowie mit VertreterInnen der US-amerikanischen Wirtschaft und den internationalen Geldinstituten.

Bei den Gesprächen mit US-amerikanischen RegierungsvertreterInnen ging es Berger um eine finanzielle Unterstützung für die geplante „Modernisierung“ der guatemalteckischen Armee (dazu gehört über Geld hinaus auch die Aufhebung des 1979 auferlegten Verbots von Militärhilfe und Waffenausfuhr an Guatemala).

Weitere Themen waren die Unterzeichnung des Freihandelsabkom-

mens TLC (CAFTA) zwischen den USA und Zentralamerika, die Situation der guatemalteckischen MigrantInnen in den Staaten und ferner die finanzielle Unterstützung im Kampf gegen den Drogenhandel.

Was den Beistand zur Militärreduktion/-modernisierung betrifft, erzielte Berger immerhin einen Teilerfolg. Bush gab ihm das Versprechen, sich im US-amerikanischen Kongress für die Aufhebung des Waffenembargos einzusetzen. In Bezug auf die Finanzhilfe wird erst einmal eine Equipe US-amerikanischer Militärspezialisten nach Guatemala kommen „um die Bedürfnisse abzuklären“, über konkrete Beträge spräche man danach.

Hinsichtlich der „Legalisierung“ der MigrantInnen sollen Tausende von ihnen ein temporäres Aufenthaltsrecht bekommen, nicht jedoch den gleichen Status wie MigrantInnen aus Honduras, El Salvador und Nicaragua, die aufgrund einer Naturkatastrophe (Hurrikan Mitch, Erdbeben in El Salvador) eine Aufenthaltsbewilligung (die sog. *green card*) bekamen. Dieses als H2 bekannte Visum gilt nur für LandwirtschaftsarbeiterInnen, ist

ein Jahr gültig und nicht verlängerbar.

Weiter erhielt Berger die Zusage über US-\$ 30 Mio. jährlich für Nahrungsmittelhilfe, mit denen er die BäuerInnen in Guatemala unterstützen und den Forderungen der *Plataforma Agraria* nachkommen will. Bergers Vorschlag, die Auslandsschuld, die Guatemala mit den USA hat, durch den „Tausch“ von Sauerstoff zu tilgen, stiess bei guatemalteckischen Umweltorganisationen auf heftige Kritik.

Bei einem von der *National Geographic Society* organisierten Abendessen trat Berger in Begleitung seiner „Botschafterin des Guten Willens“, Friedensnobelpreisträgerin Rigoberta Menchú auf. Auch dieses Treffen wurde von den guatemalteckischen Umweltorganisationen verurteilt. Der Anlass wurde nämlich zur Weltpremiere des Dokumentarfilms über das Tourismus-Megaprojekt in der *Cuenca El Mirador*. Die *Cuenca El Mirador* liegt mitten im Naturschutzgebiet der *Biósfera Maya* im Petén, die Umsetzung des Projekts wird in erster Linie vom nordamerikanischen Archäologen Richard Hanssen vorangetrieben. (siehe ¡Fijáte 305)

Otto Reich tritt zurück

Washington, 4. Mai. Der umstrittene „Sonderbeauftragte für die westliche Hemisphäre“ des Weissen Hauses, Otto Reich, hat seinen Rücktritt bekannt gegeben. Reich, bekannt wegen seiner Hardliner-Politik gegenüber den Regierungen von Fidel Castro und Hugo Chavez, gab bekannt, er gebe seinen Posten aus „persönlichen und finanziellen Gründen“ auf und äusserte die Möglichkeit, dass er die nächsten Monate für den Wahlkampf von Präsident George W. Bush jun. arbeiten werde.

Die Karriere des ultrarechten US-Amerikaners kubanischer Herkunft ist sehr kontrovers: In den achtziger Jahren spielte er eine wichtige Rolle bei der Unterstützung der Contras in Nicaragua. Er gehört zu den Veteranen des Iran-Contra-Skandals, zusammen unter anderem mit John Negroponte (ehemaliger US-Botschafter in Honduras und Mit-Initiator der dortigen Todeschwadronen, aktueller Botschafter vor der UNO und zukünftiger US-Botschafter im Irak). Otto Reich, von 1986 – 1989 US-amerikanischer Bot-

schafter in Venezuela, hatte seine Hände im Spiel beim versuchten Staatsstreich gegen Hugo Chavez im April 2002. (Diesbezüglich läuft in den Vereinigten Staaten ein Verfahren gegen ihn, angestrebt von US-amerikanischen Kongressabgeordneten.)

Reichs bisheriges Resümee über seine Arbeit: „Ich glaube an die Freiheit und das einzige, was ich hätte besser machen wollen, ist, das Ende der Diktatur in Kuba zu beschleunigen und Venezuela vor einer Diktatur zu bewahren.“

Postkarten gegen Ríos Montt

Guatemala, 7. Mai. In einem symbolischen Akt übergaben VertreterInnen der Opfer der Repression und Gewalt während dem bewaffneten Konflikt rund 60'000 Postkarten an die guatemalteckische Justiz. Auf den Postkarten wird die Bestrafung der Verantwortlichen des Genozids in Guatemala gefordert.

Die Kartenaktion mit dem Namen „Und es gab einen Genozid“ (*¡Sí hubo genocidio*) wurde von der Menschenrechtsorganisation

CALDH lanciert. Teilgenommen daran haben Tausende von Personen aus Holland, den USA, Kanada, Japan, Spanien, Belgien und anderen (insgesamt 17) Ländern, die, aufgerufen durch ihre nationalen Solidaritätsgruppen, auf die Aktion aufmerksam wurden.

Die Idee dieser international getragenen Kampagne ist, die Bestrebungen der Familienangehörigen der Opfer um Gerechtigkeit und Wiedergutmachung zu unterstützen und

zu stärken.

Namentlich wird Justiz und Gerechtigkeit gefordert in Hinblick auf die Massaker, die unter den Regierungen von Romeo Lucas García und Efraín Ríos Montt begangen wurden. Gemäss Angaben der guatemalteckischen Wahrheitskommission (CEH) fanden zwischen 1980 und 1983 insgesamt 646 Massaker statt, 626 davon wurden von staatlichen Sicherheitskräften ausgeübt.

Fiskalpaket in der Schusslinie

Guatemala, 13. Mai. Der lang erwartete und angekündigte Fiskalpaket hat bereits einen steinigen Weg hinter sich gebracht, bevor er in die Hände von Präsident Oscar Berger gelangte. Mittlerweile ist aus dem Pakt lediglich ein Bündel von kurzfristigen Steuermassnahmen geworden, von denen Berger nun hinter verschlossenen Türen fünf dem Kongressdirektorium und den Fraktionschefs vorlegte. Doch der angepasste Investitionsplan, der die durch die Massnahmen erwarteten Steuern mit einbezieht, ist bislang noch unbekannt.

Der präsentierte Entwurf beinhaltet Reformen der Einkommenssteuer (ISR) und der Mehrwertsteuer (IVA) und schlägt ferner die Erhebung einer ausserplanmässigen und temporären Steuer zur Unterstützung der Friedensverträge vor. Diese letzte würde die inzwischen aufgehobene Handels- und Landwirtschaftssteuer (IEMA) ersetzen.

Auch diverse alkoholische Getränke sowie Rohöl, Brennstoffe und weitere Ölderivate sollen stärker besteuert werden. Letztere Initiative wurde schriftlich erst nachgereicht, zur besagten Sitzung war das Dokument vergessen worden. Das Reformpaket umfasst ausserdem den Antrag auf Bewilligung einer weiteren internen Verschuldung von 5,3 Mrd. Quetzales, ein Vorschlag, dem der Währungsrat bereits grünes Licht gegeben hat.

Hinsichtlich der Modifikation des aktuellen Jahresetats werden laut Bergrers Aussagen die Staatsausgaben um 20% allgemein gekürzt, ausgenommen seien die Sektoren Gesundheit, Sicherheit und Bildung. Rolando Morales, Präsident des Kongresses, kündigte unterdessen an, dass innerhalb eines Zeitraums von drei bis fünf Wochen Konsultationen mit der Zivilgesellschaft geführt werden, bevor über das Reformpaket entschieden wird.

Kommentar (Inforpress)

Nachdem die Fachkommission des Fiskalpakts (CTPF) rund vierzig Vorschläge unterschiedlicher Herkunft eingeholt hatte, erarbeitete sie daraus eine Endfassung des Paktentwurfs, die der *Nationalen Kommission der Friedensverträge* (CNAP) überreicht wurde. Dort drohte der Antrag beinahe stecken zu bleiben, wurde er doch Anfang Mai zwar gebilligt, jedoch lediglich per Mehrheit und nicht per Konsens, denn überzeugt davon war keines der Kommissionsmitglieder. So mangelt es auch jetzt nicht an KritikerInnen, doch mit dem Vorwand der Eile und dem drückenden Haushaltsdefizit scheint die Regierung der *Grossen Nationalen Allianz* (GAN) gewillt, das gute Stück durch den Kongress zu boxen, in dem die politischen Parteien das letzte Wort haben werden. Die erste

Präsentation hatte dementsprechend einen Hagel von Ablehnungen von allen Seiten zur Folge: Die Zivilgesellschaft, der Unternehmerflügel, die Linke und sogar Abgeordnete der Regierungspartei erhoben ihre Stimme gegen das Fiskalpaket, welches sie als übereilt, oberflächlich und ungerecht beurteilten.

Daniel Pascual vom *Nationalen BäuerInnenkomitee* CNOC und Mitglied der CNAP, wies darauf hin, dass just diese Kommission laut Statuten gar nicht für die von ihm abverlangte Billigung des Pakts zuständig sei. Es scheint, dass die Regierung zum einen von einem Haushaltsdefizit spricht, um Druck auszuüben und eine Reihe von kurzfristigen, als „Steuerreform“ maskierte Massnahmen zu rechtfertigen und zum anderen die CNAP mit ins Boot zieht, damit diese den Regierungsvorschlag legitimiere.

Carlos Barreda vom *Komitee der Sozialen Organisationen* (COS) meinte derweil, der Fiskalpaket sei kein Pakt, sondern lediglich ein Trugbild. Den Auswahlprozess der Vorschläge von Seiten der CTPF beschrieb er als Theater. Laut Barreda habe die CTPF bereits 15 Tage vor Ende der Frist zum Einreichen der Vorschläge entschieden, wie die Endfassung des Entwurfs aussehen würde. „Sie haben praktisch den Fiskalpaket in den Müll geschmissen“, so Barreda.

Auch die Unternehmen melden Kritik an. Carlos Paiz, Leiter des Unternehmerverbandes CACIF, weist darauf hin, dass „wir vom CACIF einen Vorschlag mit zwei Schlüsselaspekten vorbereitet haben: Die Steuererhebung müsste bei 12% des BIP liegen (wie es die Friedensverträge festlegen) und das Wirtschaftswachstum müsste auf 6% des BIP gesteigert werden. Doch der Regierungsvorschlag weicht davon völlig ab.“

Hinsichtlich der Ertragssteuer der Unternehmen (ISR), einer von zwei, offensichtlich von der Regierung priorisierten Aspekte, meinte Paiz, dass dies der Hauptpunkt wäre, der die 60 Tausend, dem CACIF angehörenden Unternehmen beunruhige. Diese bereiten sich laut Paiz bereits auf eine Konfrontation vor.

Wilson Romero, Ökonom und Berater der Legislative der *Nationalen Revolutionären Einheit Guatemalas* (URNG) stellt folgendes klar: „Das Problem, das wir sehen, besteht darin, dass erneut anstelle einer wirklichen Reform auf kurzfristige Massnahmen zurückgegriffen wird, die die Regierung realisieren will, da ihr wegen des hohen Haushaltsdefizits die Hände gebunden sind. Doch gleichzeitig können diese Massnahmen aufgrund der Schwäche der Steuerbehörde (SAT) nur schwerlich umgesetzt werden. Die besten Intentionen bringen nichts, wenn die Instrumente zur Implementierung nichts taugen.“ Ausserdem, so Romero, bedeute die Er-

weiterung der Steuerbasis in einer so ungerechten Gesellschaft wie der guatemalteckischen mit soviel Armut und soviel Besitzkonzentration, dass die eh schon benachteiligten Schichten zusätzlich bestraft würden. Die URNG habe nie an dem Konsultationsprozess des Fiskalpakts teilnehmen wollen, wusste sie doch, dass die Regierung allein einen Bildschirm aufstellte, um vorzugeben, dass die Endfassung auf demokratische Weise diskutiert würde, während realiter die wesentlichen Verhandlungen hinter dem Vorhang geführt wurden. „Sie machten Druck, sprachen vom Staatskollaps, doch es war der gleiche Druck wie immer. Und aufgrund des Zeitdrucks werden Entscheidungen getroffen, die nicht abgestimmt sind“, so Romero.

Gegenüber *Inforpress* kritisierte COS-Vertreter Barreda vor allem den Bestandteil des Fiskalpakts, der die Privatpersonen mittels der Einkommenssteuer (ISR) betrifft: Sollten die Massnahmen in der vorliegenden Form gebilligt werden, heisst das, dass diejenigen mit einem Jahreseinkommen unter 18'000 Quetzales (ca. US-\$ 2'250) 1% davon versteuern müssen, diejenigen, die zwischen Q 18'000 und Q 36'000 verdienen, 5% und die, die darüber liegen 8%. Somit müssten rund 1 Mio. Personen, die bislang von der Steuer ausgenommen waren und eh schon weniger als genug für ihren täglichen Bedarf haben, einen Teil von diesem noch an den Fiskus abtreten.

Ein wesentlicher Aspekt, der von dem COS durchweg abgelehnt wird, ist der Wegfall der Ausnahme der Besteuerung von Lohnzusatzleistungen, wie Weihnachtsgeld, dem sog. *Bono 14* und Urlaub. „Das widerspricht dem Prinzip des Fortschritts völlig“, so Barreda.

Als „arglistige Steigerung der Mehrwertsteuer“ wird ferner von Seiten der sozialen Organisationen die Einführung der Mehrwertsteuer für die ZwischenhändlerInnen bewertet, die im Endeffekt auf den Endkonsumenten zurückfallen wird, so dass sich diese bürgerliche Staatsabgabe von 12% auf 15% erhöhen wird.

Schliesslich generieren auch die Schulden, die die Unternehmen beim Staat haben, Unwohlsein. Bislang weigerte sich die Finanzministerin Maria Antonieta Bonilla, die genaue Höhe dieser Rückstände aufzudecken. Unabhängig davon ist jedoch bereits von einer eventuellen Fiskalamnestie die Rede.

COS-Repräsentant Barreda schätzt, dass sich die Unternehmensverschuldung auf Q 8 Mrd. beläuft. Einer der grössten StaatsschuldnerInnen sei die Familie Bosch Gutiérrez, Besitzerin des Konsortiums *Multinversiones* und Finanzier der *Grossen Nationalen Allianz* in den vergangenen Wahlen.

Das Transportwesen, ewiges Problem der Hauptstadt

Rund 1 Million Personen benutzen bis zu viermal täglich den Öffentlichen Personennahverkehr, der sich in der guatemaltekischen Hauptstadt in Form von Autobussen fortbewegt. Dazu sind täglich 3'000 Busse unterwegs. In den letzten Jahren sind die Fahrpreise stetig gestiegen, obwohl das Transportwesen einige Defizite aufzuweisen hat. Die Stadtbehörde hat im Verlauf der Jahre diverse Massnahmen ergriffen, die aber eher unter dem Stichwort "Pflasterpolitik" abzubuchen sind. Ein Blick zurück:

1989, während seiner ersten Amtszeit als Bürgermeister, verdoppelte Alvaro Arzú die Fahrpreise um 100% von Q 0,10 auf Q 0,20.

1990 gab es noch einmal eine Verdoppelung des Fahrpreises auf Q 0,40. Dieses Jahr wurde das Transportwesen auch mit einem Zuschuss aus dem *Nationalen Kompensationsfonds* bedacht.

1992, während der ersten Amtszeit als Bürgermeister des heutigen Präsidenten, Oscar Berger, wurde das Transportwesen in zwei Klassen aufgeteilt, in "konventionelle" und "Vorzugs"-Busse. Der Fahrpreis des konventionellen Services betrug Q 0,65 während der Vorzugs-Service Q 0,90 kostete.

1994, während der StudentInnenproteste gegen eine erneute Fahrpreiserhöhung wurde der Student Mario Alioto López von Polizeikräften getötet.

1996, während der zweiten Amtszeit von Berger, drohten die Transportunternehmer mit einem Streik, falls der Bürgermeister keine Tarifierhöhung bewillige. 1998 wurde der Fahrpreis auf Q 0,75 (konventionelle) bzw. Q 1,10 (Vorzug) erhöht.

Im Jahr 2000 forderten die Transportunternehmen erneut einen 100%igen Aufschlag oder eine staatliche Subvention von Q 11 Mio. Da die Regierung die Idee der Subvention nicht unterstützte, entschied der damalige Bürgermeister Fritz García-Gallont, die Preise zu liberalisieren. Die Busbetreiber erhöhten sie auf Q 1,50, doch die Bevölkerung wehrte sich dagegen, ebenso die Gemeindegovernment. Es kam zu einem Abkommen zwischen den Unternehmern und der Regierung; diese ratifizierte eine weitere Subvention und die Preise blieben gleich wie zuvor.

2003 wurden die Preise sowohl für die konventionellen wie auch für die Vorzugsbusse auf Q 1,00 festgelegt. Anfang 2004 stellten die Transportunternehmen die Forderung nach einer weiteren staatlichen Finanzierung oder nach einer Preiserhöhung.

Die Probleme im Transportwesen sind zyklisch und erfahren nach jedem

Regierungswechsel einen Aufschwung. Es wird mit Streiks gedroht, verhandelt, eine sog. Lösung gefunden, doch die Entwicklung der vergangenen 16 Jahre zeigt, dass das Problem nie wirklich im Kern angegangen wurde.

Es geht um mehr als rein technische Probleme wie schlechter Zustand der Busse, enge Strassen, mangelhafte Signalisierung. Es geht auch um demographische Fragen. Die Stadt ist gewachsen und es gibt eine Konzentration von öffentlichen Diensten und Produktion in ihr. Entsprechend fordert auch das in der Gemeindeverwaltung für Transport und Verkehrswesen zuständige Unternehmen *EMETRA (Empresa Metropolitana Reguladora del Transporte y Tránsito)*, dass sich die Regierung des Problems annehme.

Die Transportunternehmen, organisiert in der *Vereinigung der städtischen Transportunternehmen (AETU)*, insistieren in eine 100%-ige Fahrpreiserhöhung – oder eine Subvention von Q 12 Mio. (US-\$ 1,5 Mio.) monatlich. Ihre Argumente beziehen sie auf die Betriebskosten, die ständig steigenden Benzinpreise, den Diebstahl gewisser Teile der Busse und die durch die BenutzerInnen entstehenden Schäden an den Fahrzeugen. Dazu kommen sog. Einkommensverluste, sprich, das Geld, das von den Chauffeuren und ihren Helfern abgezweigt wird oder das Geld, das die *Maras* (Jugendbanden) in den von ihnen kontrollierten Stadtvierteln als Wegzoll einkassieren. Diese Einkommensverluste können bis zur Hälfte des Tagesumsatzes ausmachen. Aktuell wird diskutiert, Stempelkarten einzuführen, womit das direkte Geldgeschäft und somit die Überfälle vermindert werden könnten.

Unabhängige Studien kommen aber zu einem anderen Ergebnis: Zwar müsse man die Preiserhöhungen des Benzins berücksichtigen, kommt die im Jahr 2000 zur Lösung des Transportproblems eingesetzte *Multisektorielle Kommission für den kollektiven Verkehr* in ihrem Bericht zum Schluss, erwähnt jedoch, dass die zur Erstellung des Berichts in gewissen Bussen installierten Videokameras zeigten, dass pro Route durchschnittlich bis zu täglich Q 1'089 eingenommen würden. Auch EMETRA stellt die Argumentation der Unternehmer in Frage. Offensichtlich sei das Geschäft für einige Unternehmer sehr lukrativ, hätten doch einige von ihnen ihr Geschäft in den letzten Jahren vergrössert. Wenn es ein Verlustgeschäft wäre, würden sie nicht immer mehr Busse und Chauffeure bezahlen, heisst es seitens EMETRA.

Oscar Berger und Alvaro Arzú, heute respektive Präsident und Bürgermeister der Hauptstadt, kennen das Problem beide aus der Nähe und jeder hat den anderen um Hilfe bei der Suche nach einer Lösung angefragt. Als Arzú Präsident war, gewährte er dem damaligen Bürgermeister Berger bzw. den Transportunternehmern eine staatliche Unterstützung. Nun beantragt Bürgermeister Arzú beim Präsidenten Berger dasselbe. Unterdessen hat sich aber die Beziehung der beiden etwas abgekühlt, hat sich doch Berger unterdessen von der PAN, der Partei Arzú's getrennt. Zudem steht es im Moment um die Staatsfinanzen sehr schlecht und Berger verfügt über keine Mittel, die er sofort freigeben könnte. Die Gemeindeverwaltung beharrt auf einer Subvention, nur so könnten der Protest und die Demonstrationen anderer Jahre verhindert werden.

Aus Gewerkschaftskreisen wird jedoch argumentiert, dass sowohl eine Preiserhöhung wie auch eine Subvention schlussendlich von den BenutzerInnen bezahlt würden. Eine Subvention sei nichts anderes als eine versteckte Preiserhöhung, meinte José Pinzón von der *Guatemaltekischen ArbeiterInnenzentrale (CGTG)*, es sei ja wohl klar, dass die Subvention weder aus der Sparsbüchse von Berger noch aus der von Arzú komme, sondern über andere Steuern den KonsumentInnen aufgebürdet würde, so Pinzón. Die Verhandlungen gehen weiter...

¡Fijáte!

Herausgegeben von:
Solidarität mit Guatemala e.V.
Bankverbindung:
Postbank Karlsruhe
BLZ: 660 100 75
Kto. -Nr.: 32 95 01-751
Aboverwaltung:
Ewald Seiler
Rahel-Varnhagen-Str. 15
79100 Freiburg
fijate@web.de
Redaktion:
Barbara Müller
Christiane Treeck
c-tree@gmx.net
Jahres-Abo: 55.- €
Auslands-Abo: 60.- €
E-Mail-Abo: 50.- €
Erscheinungsweise
14-täglich.
Nachdruck mit Quellenangabe
erwünscht.

Sehen und spüren, um zu glauben

Seit 2000 mussten vier „demokratisch“ gewählte Präsidenten in der Region Lateinamerika vor Ende ihrer offiziellen Amtszeit ihr Mandat aufgrund mangelnder Unterstützung durch die Bevölkerung niederlegen. Diese Tatsache lässt im ersten Moment verwundern. Doch eine kürzlich in Lima, Peru, veröffentlichte Studie mit dem Titel „Die Demokratie in Lateinamerika: In Richtung einer Demokratie für Bürgerinnen und Bürger“, die vom UN-Entwicklungsprogramm PNUD durchgeführt wurde, setzt die Realität in den regionalen und somit politisch-historischen Kontext. Der Report findet sich im Internet unter „http://www.undp.org/democracy_report_latam_america/“. Dania M. Rodríguez Martínez hat ihn am 7. Mai für *Incidencia Democrática* kommentiert:

Die interessantesten Daten, die der Bericht enthüllt, sind nicht völlig überraschend, vielmehr bestätigt sich das, über das wir bereits wiederholt nachgedacht haben: Auch wenn Wechsel in den Institutionen stattfinden, Gesetze für eine breitere Beteiligung der Gesellschaft am politischen Leben erlassen werden, Konventionen, Abkommen ratifiziert, Vereinbarungen unterschrieben und Zeichen des guten Willens gesetzt werden, verändert sich doch nichts, solange sich diese Veränderungen nicht letztendlich auch im alltäglichen Leben der Bevölkerung widerspiegeln. Stattdessen bleiben deren Lebensbedingungen gleich, oder schlimmer noch, sie werden jedes Mal noch elendiger. All die angeblichen Veränderungen verbleiben als Schlagzeile in den Nachrichten oder auch Teil der wohlklingenden Fortschritts- bzw. Regierungserfolgsdiskurse der PolitikerInnen und FunktionärInnen.

Die PNUD-Studie weist darauf hin, dass in den Ländern Lateinamerikas, die in die Untersuchung mit einbezogen wurden, zwar durchaus grundlegende Voraussetzungen eines demokratischen Regimes erfüllt sind. Gleichzeitig sieht sich die Bevölkerung konfrontiert mit hohen Ausprägungen von Armut und Ungleichheit sowie starken Spannungen zwischen der Expansion der Demokratie und der Wirtschaft auf der Suche nach Gleichheit und der Überwindung der Armut.

Auf der anderen Seite führt der Report die wichtigen erreichten Fortschritte in den Ländern hin-

sichtlich der Gesetzgebung an, der Funktionsfähigkeit des Wahlsystems, dem Schutz gegen die Diskriminierung, Arbeitsrechte, Rechte der Frauen, der Kinder, Ratifizierungen von internationalen Konventionen.

Doch, wie eingangs erwähnt und wie in dem Bericht ebenfalls deutlich gemacht, besteht eine offensichtliche Diskrepanz zwischen den Praktiken der Staaten und den Realitäten in den Gesellschaften. Ein Beispiel dafür ist, dass eine gesetzliche Bestimmung gegen Diskriminierung noch lange nicht das Verschwinden dieses Phänomens garantiert, wenn das Gesetz nicht begleitet wird von anderen, weiterreichenden Politikansätzen und Veränderungen auf unterschiedlichen Ebenen. Ebensoles geschieht mit den Rechten für arbeitende Kinder, die weiterhin unter Risikobedingungen tätig sind, trotz der Ratifikation internationaler Konventionen und der Annahme neuer Gesetze, die angeblich zum Schutz der Betroffenen erarbeitet wurden.

Auch ist in dem Bericht davon die Rede, dass die Verletzungen des Rechts auf Leben, auf physische Integrität und Sicherheit in lateinamerikanischen Ländern in keinsten Weise abgenommen habe, auch wenn sie inzwischen weniger von Seiten des Staates als von parastaatlichen Kräften begangen würden, während der Staat selbst nicht in der Lage sei, diese zu kontrollieren. Bestes Beispiel: Guatemala.

Ein guter Teil der im Rahmen der PNUD-Studie Interviewten würde auf die Demokratie verzichten, wenn eine autoritäre Regierung ihre wirtschaftlichen Probleme lösen könnte. Und gerade die Notwendigkeit, die Bedürfnisse zum Überleben zu befriedigen, spielt in den armen Familien verständlicherweise eine herausragende Rolle. Damit übereinstimmend äusserten sich laut der Untersuchung diejenigen als „nicht-demokratisch“, die eine niedrigere Bildung und weniger Optionen haben, ihren Anspruch auf ein würdiges Leben zu erfüllen. Eben diese Menschen sind es auch, die das stärkste Misstrauen in demokratische Institutionen, die Parteien und die PolitikerInnen zur Sprache bringen. Betrachtet man die Wahrnehmung der Bevölkerung gegenüber der Demokratie proportional, so ist festzustellen, dass deren Glaubwürdigkeit im Laufe der Jahre sinkt

und, ohne Zweifel, je mehr die ökonomischen und sozialen Probleme sich verschärfen. Noch 1996 zogen 61% der Befragten die Demokratie jedem anderen Regime vor, 2002 sank ihr Anteil auf 57%.

Zieht man einen Vergleich in Bezug auf die Wahrnehmung der guatemaltekischen BürgerInnen hinsichtlich der Friedensverträge, die vor mehr als sieben Jahren in unserem Land unterzeichnet wurden, lautet das Ergebnis gleich: viele Menschen nehmen immer noch keine Veränderungen wahr oder sehen noch keinen sich widerspiegelnden Nutzen dieses Friedens, der diesen mit sich bringen sollte und der deswegen noch viele VerleumderInnen findet.

Für viele war die Ablehnung der Verfassungsreformen 1999 eine Überraschung, genauso wie das Misstrauen vieler Guatemaltekinnen gegenüber den Friedensverträgen und was aus diesen folgt. Die Verträge haben für einen Grossteil der Bevölkerung des Landes noch keine Bedeutung. Die Tausenden von Publikationen, die über die Friedensverträge erstellt wurden, sind zweifelsohne gut aufbewahrt in Kisten und Schublade vieler Nichtregierungsorganisationen - potentiell, um verloren zu gehen, ohne dass ihr wahrer Wert sich in der Gesellschaft niederschlagen könnte.

Wenn die Bevölkerung sich wirklich der wahren Bedeutung dessen ermächtigt, was heisst, in einer Demokratie zu leben und die Stimme gemeinsam zu erheben, damit diese sich erfüllt - was nicht nur beinhaltet, jedes Mal am Wahlprozess teilzunehmen - dann sähe die Geschichte unseres Lateinamerikas ganz sicher anders aus, das derweil noch verfolgt und bedrängt wird von jenen, die nicht mehr als persönliche Triumphgelegenheiten in einem Volk ohne Bildung sehen, geschwächt von so vielen PolitikerInnen, die heute vor allem aufgrund ihrer erschreckenden Praktiken denn wegen tatsächlichen, von ihnen in die Wege geleiteten Veränderungen, die allen zu Gute kommen, auf sich aufmerksam machen.

Solange die Demokratie und in unserem Fall auch die Friedensverträge sich nicht in wesentliche Veränderungen für die Bevölkerung übersetzen, werden sie allein als eine Zusammenstellung von Wörtern betrachtet werden, ohne Bedeutung und ohne Nutzen.

